

HERR LAMBERTZ (*vom Rednerpult*): Werte Mitglieder von Regierung und Parlament! Wir werden heute von einem großen Konflikt gezeißelt: Sind wir jetzt Schönfärber oder Schwarzmalers? Sind wir deshalb vielleicht sogar dafür verantwortlich, dass die ganze Menschheit, auch in Ostbelgien, unglücklich ist? Wer weiß, wer weiß? Wie dem auch sei, ich glaube eher, dass die Menschen hierzulande froh sind, dass sie die Vorteile der Autonomie unserer Deutschsprachigen Gemeinschaft tagtäglich nutzen können und die Chance haben, sich wie kaum irgendwo sonst an deren Gestaltung zu beteiligen. Darüber hinaus bin ich davon überzeugt, dass wir mit dem, was in der Deutschsprachigen Gemeinschaft an Politik gestaltet wird, auf dem richtigen Weg sind.

Natürlich bleibt noch viel zu tun und kann manches noch verbessert werden, aber eines steht fest: Ohne unsere Autonomie hätten wir nicht die Gelegenheit, über solch beachtliche Dinge zu reden, wie wir sie vor einer Woche im Rahmen der Vorstellung der gemeinschaftspolitischen Erklärung der Regierung und in der heutigen Debatte gehört haben und wie wir sie – wenn wir dazu die Zeit und die Lust gehabt haben – in den ausführlichen Dokumenten nachlesen konnten, die uns von der Regierung als Fortschrittsberichte des REK sowie des laufenden Arbeitsprogramms vorgelegt wurden.

Ja, hierzulande geschieht vieles. Hier wird konkret an Problemen gearbeitet, hier wird Zukunft gestaltet und dafür gesorgt, dass die kleine Deutschsprachige Gemeinschaft auch in schwierigen Zeiten durchaus bestehen und vorankommen kann. Das alles ist Standortpolitik, denn Standortpolitik geht weit über Wirtschaftsfragen hinaus. Diese sind natürlich sehr wichtig, aber gerade unser REK unterscheidet sich von vielen anderen seiner Art dadurch, dass es eben nicht nur die wirtschaftliche Dimension, sondern auch die soziale und die Bildungsdimension umfasst und somit das gesamte Leben der Menschen in den Vordergrund rückt. Das ist meines Erachtens genau das, worauf es ankommt und deshalb ist Standortpolitik etwas ganz Fundamentales. Sie bündelt alle Einzelentscheidungen und ermöglicht somit vor allem Vernetzungen. Bündeln und Vernetzen sind nach meinem Dafürhalten zwei ganz wesentliche Elemente. Darauf kommt es an, wenn wir in unserer kleinen Gemeinschaft auch in Zukunft erfolgreich tätig sein wollen.

Heute ist erneut betont worden, wie wichtig das Zeitfenster ist, das sich zurzeit für den Ausbau unserer Autonomie ergibt. Ich wiederhole gerne, was ich an dieser Stelle in der vergangenen Woche gesagt habe: Ich habe kein Verständnis dafür, wenn wir uns hier als Zauderer, als Bedenkenträger betätigen, denn damit laufen wir nur Gefahr, die Chancen für unseren Autonomieausbau zu verpassen. Natürlich ist mehr Autonomie immer auch mit Herausforderungen verbunden. Natürlich besteht bei der Übernahme neuer Zuständigkeiten immer das Risiko, uns zu verrennen oder die Umsetzung im ersten Ansatz nicht richtig hinzubekommen. Die lange Geschichte unserer Autonomie zeigt jedoch, dass wir bei der Übernahme von neuen Zuständigkeiten bisher sehr erfolgreich waren.

Genau darauf kommt es jetzt an. Deshalb müssen wir all unsere Kräfte bündeln und dafür sorgen, dass die noch fehlenden Zuständigkeiten, besonders die Raumordnung, der Wohnungsbau und die ländliche Entwicklung, so schnell wie möglich an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen werden. Daran sollten wir gezielt arbeiten. Die Übernahme dieser Zuständigkeiten sollten wir als eine große Chance sehen, statt uns mit Selbstzweifeln oder der Frage herumzuquälen, ob wir dafür zu klein sind, ob wir das überhaupt schaffen können oder ob wir dafür genügend Geld zur Verfügung haben. Diese Fragen sind zum Teil bereits in der Vergangenheit geklärt worden. Wir haben bereits mehrmals erfolgreich große Verantwortung übernommen und wir werden dies auch in Zukunft schaffen, wenn wir uns auf die Erfahrungen der Vergangenheit stützen und uns entsprechend gut vorbereiten.

Kleinheit ist zwar immer eine Hürde, ein Problem, gleichzeitig aber auch eine Chance, möglichst realitätsnah zu arbeiten. Genau diese Kleinheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglicht uns ein maßgeschneidertes Vorgehen, und dafür sind die noch zu erwartenden Zuständigkeiten besonders wichtig.

Es ist im Übrigen keineswegs so, dass es nicht genügend Fachkräfte für die Bewältigung der mit den neuen Zuständigkeiten einhergehenden Aufgaben gäbe. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht ein beachtliches Potenzial. Jedoch sind wir durchaus gut beraten, gegebenenfalls auch Menschen einzustellen, die von außerhalb kommen, schließlich sind auch Tausende Menschen aus unserer Gegend anderswo in der Welt tätig. Es gibt keine Aufgabe, für die sich nicht eine Fachkraft finden ließe – vorzugsweise in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, aber durchaus auch woanders. Oder warum sollte man nicht auf Menschen zurückgreifen, die außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft berufliche Erfahrungen gesammelt haben und nun gerne in ihre Heimat zurückkehren möchten?

Alle diese Überlegungen müssen wir in den Vordergrund stellen, statt uns mit Zweifeln zu quälen und unsere Autonomie schlechtzureden. Wir brauchen ein Bekenntnis ohne Wenn und Aber zu den neuen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir brauchen keine Zauderer und keine Bedenkenträger, sondern Gestalter und Leute, die anpacken! Darauf kommt es jetzt an. Nach der heutigen Diskussion bin ich mir sehr sicher, dass wir das schaffen werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie heute genau zugehört haben, konnten Sie feststellen, dass es für die Opposition – die einem schon fast leidtun kann – gar nicht so einfach ist, auf einen grünen Zweig zu kommen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei der SP, ProDG und der PFF)